

Placebo für einen echten Pflegefall

Am 11. März stimmen Volk und Stände über die Initiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse» ab. Die Vorlage ist kein taugliches Mittel zur Eindämmung stetig steigender Krankenkassenprämien.

Philipp Hufschmid



Der Abstimmungstext der Volksinitiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse» im Bundesbüchlein ist im Vergleich zu anderen Vorlagen aus jüngerer Zeit kurz ausgefallen. Nur gerade

zwei Artikel der Bundesverfassung sollen nach dem Willen der Initianten des Westschweizer Mouvement Populaire des Familles und linksgrüner Kreise geändert werden. Konkret sieht die Initiative die Schaffung einer Einheitskrankenkasse mit einem Verwaltungsrat und einem Aufsichtsrat vor. In beiden Gremien sollen Behörden, Leistungserbringer und Versicherte zu je einem Drittel Einsitz nehmen. Die Prämien sollen neu nach der «wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» vom Gesetzgeber festgelegt werden.

Problematische Umsetzung

So erfreulich kurz der Abstimmungstext auch ist, so problematisch wäre er in seiner Umsetzung: Indem die konkrete Finanzierung der Einheitskrankenkasse dem Gesetzgeber überlassen wird, ist zum Zeitpunkt des Urnengangs völlig unklar, wer die weitreichenden Versprechungen der Initianten bezahlen soll. Zwar birgt die Zusammenlegung der gegenwärtig 87 Krankenversicherer zu einer Einheitskrankenkasse kurzfristig durchaus Sparpotenzial, da Verwaltungskosten durch Kassenwechsel oder Werbeausgaben für die Jagd nach so genannten guten Risiken wegfielen. Doch reicht

dieses bei weitem nicht aus, um wie angekündigt die Prämien für zwei Drittel der Bevölkerung zu senken. In bewährt links-populistischer Manier sollen zur Deckung dieser Finanzierungslücke die zehn reichsten Prozent der Bevölkerung zur Kasse gebeten werden. Doch ganz so einfach ist es nicht: der Übergang von den viel geschmähten Kopfprämien zu einkommens- und vermögensabhängigen Prämien bedeutet faktisch die Einführung einer Gesundheitssteuer. 2005 kostete die Grundversicherung gut 20 Milliarden Franken – bei steigender Tendenz. Bei einem Betrag in dieser Höhe führt die Finanzierung über Steuern naturgemäss nicht nur zu einer Mehrbelastung der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, sondern auch zu höheren Prämien für den Mittelstand.

Monopolist Einheitskrankenkasse

Die gute Qualität des schweizerischen Gesundheitswesens ist heute unbestritten. Der Leistungskatalog in der Grundversicherung ist umfassend, und die medizinische Versorgung genügt – auch im internationalen Vergleich – höchsten Ansprüchen. Anlass zur Sorge gibt einzig die stetig steigende Prämienlast für die Versicherten. Mit der Einführung der Einheitskrankenkasse entstünde im Krankenversicherungsbereich ein Monopolist, der die Qualität des Gesundheitswesens mittelfristig gefährden könnte, ohne gleichzeitig kostendämpfend zu wirken. Der Monopolist, der vor jeder Art von Wettbewerb geschützt ist, hat keinerlei Zwang, sein Angebot zu verbessern oder die Kosten zu senken. Die Befürworter der Initiative verweisen gerne auf die ihrer Meinung nach vorbildlichen Einheitskrankenkassen in Österreich und Dänemark. Allerdings verschweigen sie, dass in beiden Ländern die freie Arztwahl eingeschränkt ist und der dänische Leistungskatalog weniger umfassend ist. Negative Beispiele für Einheitskassen im Ausland wie etwa Grossbritannien blenden die Befürworter gänzlich aus.

Einer Einheitskrankenkasse sind die Versicherten zudem ausgeliefert, weil

sie bei schlechter Betreuung sich nicht mehr für eine andere Krankenkasse entscheiden könnten. Mit der Einführung einer steuerfinanzierten Gesundheitsversicherung fielen auch auf Seiten der Versicherten der Sparanreiz weitgehend weg. Wenn 60 Prozent keine oder nur geringe Prämien zu zahlen haben, werden sie sich kaum um sparsames Verhalten bemühen. Kopfprämien sind nötig, um einen Rest an Selbstverantwortung zu erhalten.

Auch die paritätisch aus Behörden, Leistungserbringern und Versicherten zusammengesetzten Leitungsgremien der Einheitskrankenkasse sind kaum geeignet, um kostensenkend auf das System einzuwirken. Leistungserbringer wie Spitäler und Ärzte und die Versicherten dürften regelmässig zusammenspannen, weil möglichst viele Leistungen in ihrer beider Interesse liegen. Dagegen sind die Vertreter des Staats, der alles finanzieren soll, in einer Minderheitsposition. Das erwähnte Sparpotenzial dürfte aus diesen Gründen mehr als aufgezehrt werden.

Kostentreiber unbeeinflussbar

Der von den Befürwortern der Initiative oft bemühte Vergleich der Einheitskrankenkasse mit Sozialwerken wie der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) oder der Arbeitslosenversicherung ist durchaus treffend – wenngleich in einem ganz anderen als dem beabsichtigten Sinn: Beide Sozialwerke sind in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung über kurz oder lang nicht mehr lebensfähig, weil sie zu viele Leistungen erbringen müssen. Der Staat wird den finanziellen Zusatzbedarf mit höheren Steuern, einer Senkung der Anzahl Bezüger oder Leistungskürzungen decken müssen. Wie bei der AHV sind auch im Gesundheitswesen die demographische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung massgeblich für die höheren Kosten verantwortlich. Darüber hinaus sorgt im Gesundheitsbereich der medizinische Fortschritt für höhere Kosten. Die Entwicklung hin zu immer mehr kranken Versicherten, die mit immer teureren Therapien be-

handelt werden können, ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Kosten werden daher auch weiterhin – und wahrscheinlich beschleunigt – steigen.

Mit diesen sich verschlechternden Rahmenbedingungen sähe sich auch eine Einheitskrankenkasse konfrontiert. Der Verdacht drängt sich auf, dass es den Initianten gar nicht um eine Lösung des Problems der steigenden Prämien geht, sondern bloss um eine Lastenverschiebung. Die Präsidentin des Initiativkomitees und grüne Berner Nationalrätin, Therese Frösch, hat an einer Pressekonferenz denn auch geradeheraus erklärt, dass «die Einheitskasse soziale Umverteilung» sei. Doch hat bereits das heutige System ausreichende soziale Komponenten. Zum einen kommen gegenwärtig über 30 Prozent der Bevölkerung in den Genuss einer Prämienverbilligung. Zum anderen sind 30 Prozent der Kosten der Grundversicherung schon jetzt steuerfinanziert, sodass durch die fiskalische Progression höhere Einkommen deutlich stärker belastet werden.

Gesundheit ist unbezahlbar

Die wahren Kostentreiber in der Krankenversicherung lassen sich mit der Einheitskrankenkasse nicht ausschalten, während ein teures, aber gut funktionierendes System zur Disposition gestellt wird. Die Initiative «für eine soziale Einheitskrankenkasse» ist daher abzulehnen. Sie ist nur ein Placebo für einen echten finanziellen Pflegefall: die Krankenversicherung. Mit einer ganzen Reihe von bereits beschlossenen oder noch hängigen Massnahmen versucht das Parlament, die heutige Krankenversicherung effizienter zu gestalten, um so das Kostenwachstum zu verringern – denn zu stoppen ist dieses angesichts der gesellschaftlichen Realitäten in der Schweiz nicht. Die eigentliche Frage am 11. März und in den kommenden Jahren lautet nicht, ob eine Systemumstellung not tut, sondern ob wir uns im Krankheitsfall eine umfassende Grundversicherung wünschen – auch um den Preis von immer teureren Prämien.

Lächeln zum Feiertag



Christian Weisflog, Moskau

Minus 25 Grad. Wissen Sie, wie sich das anfühlt? Das Tiefkühlfach-Leben? Ich weiss es. Nicht erst seit vorgestern, aber vorgestern war es in Moskau wieder einmal so weit: minus 25 Grad. Die ersten Minuten im Freien bemerkt man die Kälte noch nicht. Sie kriecht langsam in den Körper, zuerst über den Nasenspitzen, dann die Augenlider, die Wangen und in die Mundwinkel. Bis das ganze Gesicht zu einer gefühllosen Grimasse erstarrt und jedes Lachen zum befreienden Kraftakt wird.

Minus 25 Grad. An solch kalten Sonnentagen verwandeln sich die Menschen zu Mumien in schweren Mänteln, die Gesichter versinken in Pelzmützen und Kapuzen, die wie Scheuklappen den Blick vorwärts richten. Das öffentliche Klima ist in Russland zwar von Natur aus kühl – betont wortkarg und ruppig – unter dem Frost aber erstarrt der letzte Rest Zwischenmenschlichkeit.

Deshalb kam sie wohl auch so unverhofft und mit wenigen Worten – die Wärme. Obschon der Kalender sie ankündigt. Aber von vorne: Minus 25 Grad ist in meinem Hauseingang Normaltemperatur, das ganze Jahr über. Denn hier sitzt in einer Glaskabine die Deschurnaja, Tag und Nacht. Die kleine bucklige Dame mit Faltenstrich, isst Sonnenblumenkerne, schaut fern oder löst Kreuzworträtsel. Vor allem aber wirft die Deschurnaja grimmige Blicke über ihren Brillenrand und passt auf, wer kommt und geht. Mich als Ausländer betrachtet sie besonders kritisch. Nur ab und an kann ich ihr ein widerwilliges «Guten Tag» entlocken.

Vorgestern aber, auf dem Weg in die Kälte, vernahm ich aus dem Glaskasten plötzlich eine warme Stimme: «S prasdnikom!» – «Gratuliere zum Feiertag!». Ich drehe mich verwundert um und sehe die Deschurnaja mit einem Lachen auf den Lippen und einem Funkeln in den Augen. «Morgen ist doch der 23. Februar, der Tag der sowjetischen Armee», erklärt sie mir. Vielleicht weiss es die Deschurnaja nicht oder will es nicht wissen: Der 23. Februar war zwar einmal der «Tag der Roten Armee», heute ist es jedoch der «Tag des Vaterlandsverteidigers». Unabhängig davon, ist das Datum einer der wenigen Tage im Jahr, an denen Russen Fremden, ja selbst Ausländern, ein Lachen schenken.

Rückspiegel

Wie Leonid Breschnew US-Präsident wurde

CSU-Chef Edmund Stoiber setzt in den letzten Monaten seiner Amtszeit die legendäre Serie seiner sprachlichen Patzer fort. Nach 30 Jahren als Spitzenpolitiker brachte er in seiner letzten grossen Rede zum Aschermittwoch die Staatschefs der Grossmächte USA und der verbliebenen Sowjetunion durcheinander. Ohne mit der Wimper zu zucken, wechselte der bayerische Ministerpräsident den amtierenden US-Präsidenten George W. Bush mit dem längst verstorbenen Staatschef der früheren Sowjetunion, Leonid Breschnew. «Ich habe es für wohlthuend empfunden, dass die Bundeskanzlerin gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Breschnew Guantánamo kritisiert hat», sagte Stoiber mit Blick auf das umstrittene US-Gefangenlager auf Kuba.

Stoiber hatte bereits die Fernsehmoderatorin Sabine Christiansen mit «Frau Merkel» angesprochen und sich zahlreiche andere Versprecher geleistet, die mittlerweile im Internet kursieren. Glanzvoll war auch Stoibers Rede zur geplanten Transrapid-Verbindung vom Hauptbahnhof zum Flughafen München: «Wenn Sie vom Hauptbahnhof starten – Sie steigen in den Hauptbahnhof ein. Sie fahren mit dem Transrapid in zehn Minuten an den Flughafen Franz-Josef Strauss – dann starten Sie praktisch hier am Hauptbahnhof in München.» Der 65-jährige CSU-Vorsitzende will sich Ende September von seinen Spitzenämtern zurückziehen. (reu/phh)



(Jeon Heon-Kyun, EPA)

Der Nationalismus zeigt Zähne

Unser Bild der Woche zeigt einen südkoreanischen Demonstranten, der vor der japanischen Botschaft in Seoul ein Porträt des japanischen Premiers Shinzo Abe zerbeisst. Er protestiert damit gegen japanische Hoheitsansprüche auf eine

nur aus Felsen bestehende Inselgruppe im Japanischen Meer. Die Fläche des Kleinst-Archipels, den die Koreaner Tokdo und die Japaner Takeshima nennen, beträgt rund 0,2 Quadratkilometer. Er wird seit 1953 von Korea verwaltet. (zl)

Anzeige

97 000 Männer lesen gerade diese Anzeige.

Quelle: Leserschaftsforschung MACH Basis 2006-2

Profitieren Sie davon:

Anzeigenverkauf und Beratung
Publicitas AG, T 044 250 31 11
www.zuercherlandzeitung.ch

Zürcher Landzeitung